



PRESSEMITTEILUNG

Brüssel/Paris/Berlin, 12. Juli 2010

Internationaler Migrationsausblick 2010

Auswertung für Österreich

(Brüssel/Paris/Berlin – 12. Juli 2010) In Österreich hat die Wirtschaftskrise die Arbeitsmarktchancen für Zuwanderer deutlich stärker beeinflusst als für im Inland Geborene. Auch ist die Zahl der Einbürgerungen weiter zurückgegangen und liegt jetzt auf einem im OECD-Vergleich sehr niedrigen Niveau. Dies geht aus der aktuellen Ausgabe des Internationalen Migrationsausblicks der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor, der heute in Paris und Brüssel vorgestellt wurde.

Wie in vielen anderen OECD-Ländern ist auch in Österreich seit Beginn der Wirtschaftskrise bei Zuwanderern die Arbeitslosigkeit deutlich stärker gestiegen als bei Menschen ohne ausländische Wurzeln und das von einem zuvor schon deutlich höheren Niveau. Vor allem zugewanderte Männer sind im Verhältnis deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Bei zugewanderten Frauen ist hingegen eine leichte Zunahme der Erwerbstätigkeit zu verzeichnen. Dieser in vielen OECD-Ländern festgestellte Anstieg ist vor allem durch einen wachsenden Arbeitskräftebedarf in der Krankenpflege und bei häuslichen Dienstleistungen zu erklären. Mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung könnte sich dieser Trend weiter fortsetzen.

Insgesamt hat Migration in den vergangenen Jahren in Österreich erheblich dazu beigetragen, das Arbeitskräftepotential zu stabilisieren. Während vor der Wirtschaftskrise im OECD-Mittel Zuwanderung rund 30 Prozent des neuen Arbeitskräftepotentials ausmachte, waren es in Österreich 34 Prozent. In der Schweiz, Irland oder Spanien lag der Beitrag der Zuwanderung aus dem Ausland bei rund 50 Prozent. Mit rund 60 Prozent war die Freizügigkeit innerhalb der EU die mit Abstand am häufigsten genutzte Rechtsgrundlage für die Zuzüge nach Österreich.

“Es ist wichtig, zu verstehen, dass Migranten besonders in wirtschaftlich guten Zeiten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten”, sagte OECD-Generalsekretär Angel Gurría bei der Präsentation der Studie in Brüssel. “Die aktuellen wirtschaftlichen Probleme werden die langfristigen demografischen Trends nicht verändern. Es ist deshalb wichtig, dass Migrationspolitik eine langfristige Perspektive beibehält.”

Der Migrationsausblick zeigt auch, dass der Erwerb der Staatsangehörigkeit insgesamt einen positiven Einfluss auf die Arbeitsmarkteteiligung hat. So haben Migranten bei gleichem Alter, gleicher Herkunft und gleichem Bildungsniveau in vielen OECD-Ländern eine deutlich höhere Beschäftigungswahrscheinlichkeit, wenn sie die Staatsbürgerschaft angenommen haben. In Österreich ist die Einbürgerungsquote 2008 auf 1,2 Prozent der ausländischen Bevölkerung gesunken und liegt damit deutlich unter den Wert der meisten anderen OECD-Länder. In der Schweiz haben im gleichen Jahr 2,8 Prozent der ausländischen Bevölkerung die Staatsbürgerschaft angenommen.

Die meisten Zuwanderer nach Österreich kamen 2008 aus Deutschland (20 Prozent), gefolgt von Rumänien (zehn Prozent) sowie Serbien und Montenegro, Ungarn und der Türkei. Gegenüber den Jahren zuvor hat sich der Anteil der deutschen, rumänischen und ungarischen Zuwanderer erhöht. Der Anteil der Zuwanderung aus Serbien und Montenegro sowie aus der Türkei ist dagegen zurückgegangen. Obwohl 2008 etwa doppelt so viele Deutsche nach Österreich umgezogen sind wie Österreicher nach Deutschland, leben immer noch deutlich mehr Österreicher in Deutschland als umgekehrt.

Mit einem Anteil internationaler Studierender (vorangegangene Ausbildung im Ausland) von 12,4 Prozent nimmt Österreich vergleichsweise viele Studierwillige aus dem Ausland auf. Allerdings ist die Zahl internationaler Studenten in Österreich in den vergangenen Jahren deutlich langsamer gewachsen als in den

meisten anderen OECD-Ländern. Zudem scheint Österreich selbst von den Investitionen in die Ausbildung internationaler Studenten nur wenig zu profitieren. So bleiben nur etwa 18 Prozent der Studierenden aus Nicht-EWR-Staaten nach Abschluss ihres Studiums dauerhaft in Österreich. In Deutschland liegt diese Quote bei knapp 30 Prozent.

Grafiken und weitere Informationen zum Internationalen Migrationsausblick finden Sie auf unserer Internetseite unter www.oecd.org/de/migrationoutlook.

Pressekontakt:

Matthias Rumpf

Tel.: +49 (30) 28 88 35 41

Mobil: +49-175-4340423

Matthias.Rumpf@oecd.org